

Mörderstaat USA

Von Rainer Rupp

Zwei US-amerikanische Staatsbürger, der islamische Prediger Anwar Al-Awlaki, und sein Freund Samir Khan, wurden am Freitag im Jemen durch eine von einer US-Militärdrohne abgefeuerten Rakete gezielt getötet. Die beiden hatten das englischsprachige islamistische Magazin *Inspire* herausgegeben, in dem zum bewaffneten Kampf gegen die US-Besatzer in islamischen Ländern aufgerufen wurde. Deshalb wurden sie von der Obama-Administration Al-Qaida zugerechnet. Als Aktivisten waren sie jedoch nie in Erscheinung getreten, sondern nur als Propagandisten. Aber genau das hat sie angeblich besonders gefährlich gemacht, denn - so ein US-Sicherheitsexperte - »sie nutzten ihre in den USA gemachten Erfahrungen sehr geschickt, um tödliche Ideen in die Köpfe von noch ungefestigten, jungen, amerikanischen Muslimen zu pflanzen«.

Tatsache ist, daß Al-Awlaki und Kahn wegen ihrer US-feindlichen Propagandatätigkeit ohne ordentlichen Prozeß und Gerichtsurteil über eine enorme Entfernung hinweg exekutiert wurden. Damit unterscheidet sich die Obama-Administration in nichts von Diktaturen, die oppositionelle Propagandisten im ausländischen Exil ermorden lassen. Aber die USA sind schließlich ein Rechtsstaat? Sicher, denn die US-Regierungsjuristen sind äußerst geschickt, siehe z. B. die Legalisierung von Folter. Auf Washingtons Anweisung wurden Menschen mißhandelt und gequält, aber offiziell fand keine Folter statt. Die Juristen hatten den Begriff umdefiniert. Und diesmal haben Obamas Juristen dafür gesorgt, daß sein Mordbefehl »rechters« ist. Der sogenannte Krieg gegen den Terror eröffnet viele neue Möglichkeiten kreativer Interpretation der Verfassung, selbst wenn es um die Abschaffung des Rechts auf Leben geht. Und da sich die USA in diesem »Krieg« befinden, sind laut US-Regierungsjuristen Exekutionen von US-Bürgern im Ausland ohne Gerichtsurteil auch dann legal, wenn sich die besagten Personen auf Seiten des Feindes aktiv beteiligt haben. Aber selbst den juristischen Prostituierten genügt offensichtlich allein die Propaganda für Al-Qaida nicht als Rechtfertigung einer Todesstrafe. Vorsorglich wurde deshalb Al-Awlaki von US-Präsident Barack Obama posthum zum »Leiter der Al-Qaida-Operationen auf der arabischen Halbinsel« befördert.

Die über 60 jemenitischen Todesopfer des vom Friedensnobelpreisträger persönlich erteilten Mordbefehls, wurden von den zunehmend faschistoiden US-Medien - wenn überhaupt - nur beiläufig erwähnt. Die Diskussion über das Recht auf Leben erstreckt sich nicht auf minderwertige Menschen ohne amerikanischen Paß. Deren extralegale Exekution gehört für die Masse der Amerikaner längst zur Normalität, ebenso wie die fliegenden Hinrichtungsmaschinen und die sie fernsteuernden Henker, die sich nach getaner Arbeit fern vom Krieg im Schoß ihrer Familie entspannen. Die Banalität des Bösen.